

Erscheint
wöchentlich drei
Mal und zwar
Dienstag,
Donnerstag und
Sonnabend.

Inserate:
Für den Raum
einer
kleinstalt. Zeile
10 Pf.

Amts- und Anzeigebblatt

für den
Gerichtsamtbezirk Eibenstock
und dessen Umgebung.

Verantwortlicher Redacteur: E. Hannebohn in Eibenstock.

Abonnement
vierteljährlich
1 M. 20 Pf.
incl. Bringer-
lohn.

Dieses Blatt
ist auch
für obigen Preis
durch alle
Postanstalten zu
beziehen.

Bei mehrmaliger Wiederholung von Inseraten wird entsprechender Rabatt gewährt.

Die Exped. des „Amts- und Anzeigebblattes.“

Ueber den Handwerkerstand.

Bei unsern Eltern herrschte die schöne Sitte, daß der Sohn das Geschäft oder vielmehr die Profession des Vaters erlernte und nach dessen Tode fortführte. Dieser Sitte ist es zuzuschreiben, daß der Handwerkerstand mächtig emporblühte und das Sprichwort „Handwerk hat einen goldenen Boden“ selten Lügen strafte. Arbeit, Kunst, Einfachheit und Enthaltensamkeit sind, möchten wir sagen, Geschwister, die Hand in Hand gehen, denn der Arbeiter und Künstler, der seinem Beruf mit Lust vorsteht, ist schon wegen Mangel an Zeit gegen alle Anfeindungen des Lasters, wie sie sich dem Trägen auf jeden Schritt bieten, gesichert. Mit welchem Stolz wurde noch, wir erinnern uns dessen, in den dreißiger und vierziger Jahren das Wort „Meister“ ausgesprochen! War es doch, als läge in dem einfachen Wort „Meister“ die Versicherung: „Ich bin ein rechtlicher Mann, meine bürgerliche Ehre ist unantastbar; ich habe das Geschäft meines Vaters erlernt, er hat mir seinen Hammer und seine Säge vererbt, und das ist eben so viel, wie die Antwortschaft auf ein Königreich, denn ich kann mir damit einen Thron erringen, wenn auch nur den Thron häuslichen Glückes und Zufriedenheit.“ Wie hat sich das Alles geändert. Aus dem Schustermeister ist ein Botlier, aus dem Schneidermeister ein Tailleur geworden, Meister existiren kaum noch dem Namen nach, sondern nur noch Fabrikanten, ob auch der Fabrikant allwöchentlich nur ein Paar Stiefeln zu flicken hätte. Das aber sollte uns wenig kümmern, denn es kann uns gleich sein, ob der, der uns unsere Schuhe flickt, sich Meister oder Fabrikant nennt. Mit diesem Vorurtheil gegen alte Sitten und Gebräuche geht aber eine Unsitte Hand in Hand, die wir nicht hart genug verurtheilen können. Es ist nämlich eine förmliche Epidemie geworden, die Kinder nicht in die Fußstapfen des Vaters treten zu lassen, sondern sie für einen sogenannten besseren Beruf als den des Handwerks zu bestimmen. „Unsere Kinder sollen etwas lernen und etwas Ordentliches werden!“ lautet die Devise. Nun, gegen den wörtlichen Inhalt derselben hätten wir nichts einzuwenden, denn es ist unser sehnsüchtigster Wunsch, in allen Schichten der Gesellschaft, ob unter Handwerkern oder Gelehrten, gebildeten Leuten zu begegnen, und daß alle Eltern wünschen, ihre Kinder sollen etwas Ordentliches werden, ist ebenso erfreulich. Was aber die Meisten etwas Ordentliches meinen, das ist eine andere Frage, die sich einfach durch die stereotype Redensart beantwortet: „Mein Sohn soll kein Schuhmacher, Tischler oder Drechsler werden, er soll sich nicht so quälen, wie ich mich gequält habe, nein, er soll Lehrer, Doktor oder Kaufmann werden!“ Nun, diese verkehrte Lebensanschauung ist der Fluch unserer Zeit, der Tausende ihrer natürlichen Bestimmung entfremdet, tausende Menschen, die der Gesellschaft nützen könnten, zu ebenso schädlichen Individuen macht, und sich oft an ihren Erzeugern rächt. Etwas Ordentliches werden! Als ob der Handwerker nicht etwas Ordentliches, nicht gerade das nützlichste Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft wäre! Wahrlich, all diese Leute, die mit der alten guten Sitte brachen, damit ihre Kinder, wie sie sagen, „etwas Ordentliches“ werden, sind schuld daran, daß sich der goldene Boden des Handwerks in einen bleiernen verwandelt hat, und je öfter der Handwerker seine Kinder anhalten wird, mit Lust und Liebe den Hammer zu ergreifen, um so schneller werden wir die schöne Zeit zurück erobern, in der es hieß: „Handwerk hat einen goldenen Boden!“

Tagesgeschichte.

— Berlin. Neuerdings ist die Nachricht wieder aufgetaucht, es stehe eine durchgreifende Reform unseres Post- und Zeitungs-Debitwesens bevor, und zwar nach dem Muster Frankreichs und Englands. Bekanntlich besorgt die Post in jenen Ländern lediglich den Transport der Zeitungen, ohne sich mit den Geschäften des eigentlichen Absatzes derselben, mit der Annahme und Uebermittlung der Abonnements, der Controle über die Auslieferung der bestellten Zeitungen, der Abrechnung über die Abonnementsgelder u. s. w. zu befassen. Alles dies wird vielmehr im gewöhnlichen buchhändlerischen Wege besorgt oder auch durch besonders zu diesem Zwecke gegründete Institute. Uebrigens ist daran zu erinnern, daß schon in der Reichstagsession von 1874 von Mitgliedern aller Fraktionen ein Antrag eingebracht wurde, durch welchen dem Reich-

kanzleramte eine Revision der gesetzlichen Bestimmungen über die Zeitungsprovision empfohlen wurde; schon damals hieß es, daß die Post eine ähnliche Einrichtung, wie vorstehend skizzirt, auch für Deutschland plane, das Projekt blieb damals aber auf sich beruhen. Erst in der letzten Zeit soll die Frage wieder in Erwägung gezogen sein, wir wissen indes nicht zu sagen, ob man sich wirklich bereits für die erwähnte Aenderung entschlossen hat.

— Der demokratische Verein in Frankfurt a. M. hatte anlässlich der Jahrhundertfeier der amerikanischen Republik ein Glückwunschsreiben an den amerikanischen Generalkonsul in Frankfurt und dann, da dieser es nicht annahm, an den amerikanischen Gesandten Bancroft Davis in Berlin gesandt. Bancroft Davis hat die Weiterbeförderung dieses „Glückwunsches“ ebenfalls abgelehnt, weil derselbe indirekt die größten Schmähungen auf Deutschland enthielt und zum Schluss auch die Hoffnung ausdrückte, daß Deutschland binnen Kurzem gleichfalls eine Republik sein werde. Jeder in Deutschland residirende Beamte der Vereinigten Staaten, sagt Bancroft Davis in seinem Antwortschreiben an die Frankfurter Demokraten, hat die Pflicht, Kundgebungen des Wohlwollens und der Freundschaft von deutscher Seite willkommen zu heißen. Wenn aber derartige Kundgebungen von einem politischen Verein herrühren, der zum Zwecke des Parteikampfes in deutschen Angelegenheiten gestiftet ist, und der Beamte hat Grund zu der Vermuthung, daß dieselben nur deshalb öffentlich an ihn gerichtet werden, weil damit eine politische Demonstration beabsichtigt oder bezweckt werde, so hat er ganz bestimmt die Pflicht, deren Entgegennahme abzulehnen.

— Aus dem vor Jahr und Tag unternommenen Versuche, die deutschen Regierungen zur Einführung eines allgemeinen deutschen Bustrages zu bewegen und dafür die jetzt so ganz verständlich bestehenden Bustrage abzuschaffen, ist, wie man jetzt erfährt, nichts geworden. Bis vor hundert Jahren bestanden, wie die „R. Z.“ bei dieser Gelegenheit erinnert, in Preußen vier Bustrage, von welchen Friedrich der Große drei abschaffte und den einen noch jetzt in den alten Landen (auch von den Katholiken gefeierten) bestehenden Mittwoch nach Jubilate beibehielt. Gerade gegen die Feier dieses Tages ist von landwirthschaftlicher Seite Widerspruch erhoben und die Verlegung in den November beantragt worden.

— Die deutschen Papierfabrikanten haben, wie wir schon in Nr. 13 dieses Jahrgs. in einem selbstständigen Artikel angeführt, beschlossen, vom Jahre 1877 ab dreimal getheilte Ballen, Ries und Buch in den Handel zu bringen. Wie allgemein bekannt, war nach der alten Theilung ein Ballen 10 Ries à 20 Buch à 24 Bogen für Schreibpapier, während bei Druckpapier das Buch zu 25 Bogen gezählt wurde. Abgesehen von diesem Mischmasch von 10mal und 12mal Theilung brachten schon die beiden verschiedenen Theilungen von 1 Ries Schreib-480 und 1 Ries Druckpapier 500 Bogen mancherlei Uebelstände mit sich, da schon seit längerer Zeit selbst das geringste Druckpapier wenigstens halb geleimt, besseres Druckpapier aber mit Schreibpapier vollständig identisch ist. Die beiden früheren Theilungen werden nun vollständig verlassen und an deren Stelle tritt künftig die rein decimale Theilung, nämlich 1 Ballen 10 Ries à 10 Heft à 10 Bogen, welche für alle Papiere gilt.

— Der orientalische Krieg bleibt dem Charakter treu, den er alsbald nach seinem Beginne angenommen hat. Gefechte, aber keine Schlacht, Kämpfe, aber keine Entscheidung, mit diesen Worten könnte man am besten die Situation auf dem Kriegsschauplatz bezeichnen. Wir sehen fort und fort serbische Versuche, an Biddin vorbei, in Bulgarien einzubrechen, wir sehen, wie diese Versuche regelmäßig für die Serben erfolglos bleiben, andererseits hat sich die beabsichtigte türkische Offensive, wie es scheint, auch noch nicht sehr erfolgreich erwiesen. Ein Vorstoß ist allerdings gewagt worden.

— Aus Bukarest wird unter dem 20. Juli die Zurückziehung der vom Kriegsminister eingebrachten Vorlage wegen Mobilisirung der rumänischen Armee gemeldet; eine Nachricht, die diejenigen am meisten überraschen wird, welche sogar die Existenz jener Vorlage bestreiten wollten. Die Großmächte haben sich offenbar mit der Erklärung der rumänischen Regierung, daß die in Aussicht genommenen Maßregeln ein Eingreifen des Fürstenthums in den Kampf zwischen der Türkei und Serbien nicht bezwecken, nicht begnügt und haben Rumänien bestimmt,